

JÖRG STADELBAUER

Nach dem Zerfall der Sowjetunion

Fünfzehn neue unabhängige Staaten im Transformationsprozeß;
mit Folie

Jörg Stadelbauer

Nach dem Zerfall der Sowjetunion: fünfzehn neue unabhängige Staaten im Transformationsprozeß

Ein problematisches Erbe

Der im Dezember 1991 mit der Gründung der GUS (Gemeinschaft Unabhängiger Staaten; russ. *Sodruzestvo nezavisimych gosudarstv*, SNG) und dem erzwungenen Rücktritt Michail Gorbatschows vom Amt des Präsidenten der UdSSR abgeschlossene staatliche Zerfall der vormaligen Sowjetunion hat den fünfzehn Nachfolgestaaten (Abb. 1 und Abb. 2) ein umfangreiches Erbe an ungelösten Problemen hinterlassen. Die seither verstrichene Zeit hat die Schwierigkeiten einer Anpassung an geänderte politische Rahmenbedingungen keineswegs reduziert. Die wirtschaftlichen Schwächen sind vielmehr noch offenkundiger geworden, soziale Diskrepanzen und Konflikte haben zugenommen, ethnoterritoriale Auseinandersetzungen sind nur scheinbar zurückgetreten, die Umweltbelastung und das Risiko massiver Umwelterstörung halten unvermindert an und sind höchstens durch den Produktionsrückgang in der Industrie etwas reduziert worden. Selbst die am 12. 12. 1993 durchgeführten Wahlen zur neuen rußländischen Duma haben eher politische Instabilität denn erfolgversprechende Lösungswege angedeutet.

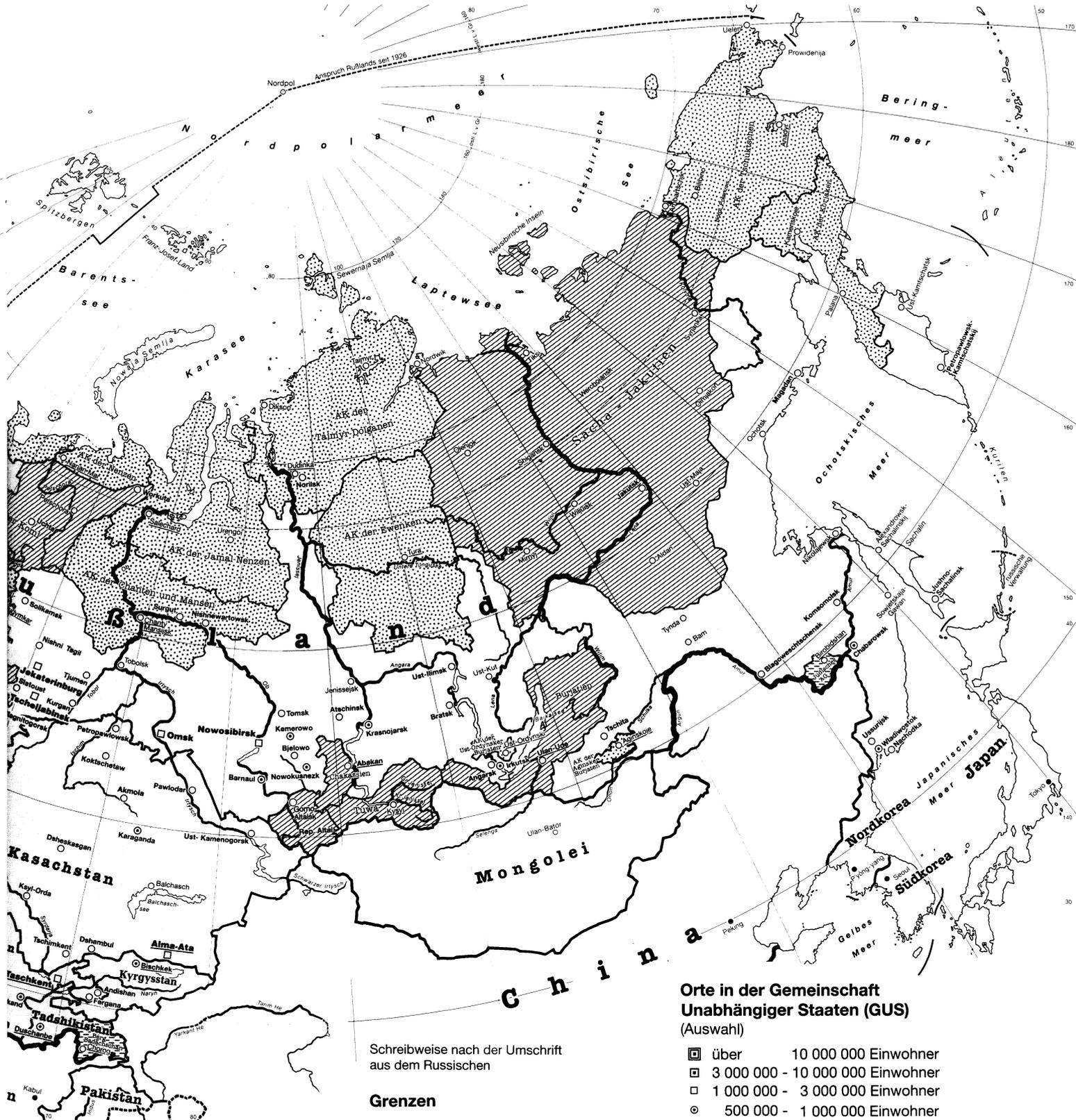
Der folgende Beitrag kann keinesfalls alle Aspekte und Probleme des Transformationsweges ansprechen, den die Nachfolgestaaten der Sowjetunion eingeschlagen haben, zumal dies kein einheitlicher Weg ist. Die im folgenden aus verschiedenen Themenbereichen herausgegriffenen Beispiele und Materialien sind so gewählt, daß nach Möglichkeit alle Nachfolgestaaten in irgendeiner Weise berücksichtigt werden und daß unterschiedliche Bereiche der Transformation angesprochen werden.

Richtet sich der Blick auf die Gesamtheit der Nachfolgestaaten, treten erste Schwierigkeiten bereits bei der Materialbeschaffung auf: Eine umfassende statistische Dokumentation gibt es nicht mehr, die jüngste Statistik der GUS-Staaten (Strany-členy SNG, Moskva 1993) klammert Georgien und die Baltischen Republiken aus und kann selbst das Jahr 1992 noch nicht ausreichend dokumentieren. Eine kleinräumige Analyse ist nur für die Rußländische Föderation (RF) möglich.



Abb. 1 (oben):
Die fünfzehn Nachfolgestaaten
der Sowjetunion – politische Gliederung
Quelle: nach Westermann Wandkarte Nordasien,
politisch (GUS)

Abb. 2 (links):
Kaukasien – politische Gliederung



Maßstab 1 : 6 500 000
 0 200 400 600 800 1000
 Kilometer

Schreibweise nach der Umschrift
 aus dem Russischen

Grenzen

- Staatsgrenze
- Grenze eines autonomen Territoriums in der GUS

Hauptstädte

- Moskau** Hauptstadt eines Staates in der GUS
- Hauptstadt sonstiger Staaten
- Saransk** Hauptort eines autonomen Territoriums in der GUS

Orte in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) (Auswahl)

- ▣ über 10 000 000 Einwohner
- ▢ 3 000 000 - 10 000 000 Einwohner
- 1 000 000 - 3 000 000 Einwohner
- ⊙ 500 000 - 1 000 000 Einwohner
- 100 000 - 500 000 Einwohner
- unter 100 000 Einwohner

Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion

- Staat
- ▨ autonome Republik (AR)
- ▤ autonomes Gebiet (AG)
- ▧ autonomer Kreis (AK)

Mit Folie

Veränderte demographische Prozesse und ihre Ursachen

Seit der letzten gesamtsovjetschen Volkszählung im Jahr 1989 (Harris 1993) haben sich in den Nachfolgestaaten einige Veränderungen der demographischen Struktur ergeben (Tab. 1). Sie hängen eng mit der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung zusammen.

Bestand in sowjetischer Zeit ein deutlicher Gegensatz zwischen den rasch wachsenden Bevölkerungen der mittelasiatischen Unionsrepubliken und der stagnierenden Bevölkerungsentwicklung im Nordwesten der UdSSR, insbesondere in Estland, so ist inzwischen fast überall ein **Rückgang der natürlichen Bevölkerungszunahme** festzustellen: In allen Nachfolgestaaten wächst die Bevölkerung langsamer als in der sowjetischen Zeit, zum Teil gibt es sogar negative Salden.

Die **regional hohe Säuglingssterblichkeit** in Teilen Mittelasiens (Karakalpakien, Turkmenistan und Tadshikistan, Gebiet Mangistau in Kasachstan mit jeweils 40 oder mehr Todesfällen je 10 000 Neugeborenen) deutet die Folgen der Krise am Aralsee an. In Tadshikistan machen sich die Auswirkungen des Bürgerkriegs und der Flucht nach Afghanistan bemerkbar. Erzwungene Wanderungen modifizieren das Bild der natürlichen Bevölkerungsbewegung. Das Baltikum und weite Teile der Rußländischen Föderation erscheinen als demographische Stagnationsräume.

Den höchsten **natürlichen Zuwachs** hatten Dagestan und Tschetschenien sowie die südsibirische Republik Tuwa aufzuweisen (Geburtenziffern über 20 bei Sterbeziffern unter 10). Sollte die Gesamtrendenz anhalten, wird die gegenwärtige Transformationsperiode – ähnlich wie die Revolutions- und Bürgerkriegszeit, die Phase der Kollektivierung und die Zeit von Repression und Zweitem Weltkrieg – als Periode veränderter Bevölkerungszunahme in die Geschichte der demographischen Entwicklung eingehen. Zwischen Anfang 1991 und Anfang 1993 wuchs die Gesamtbevölkerung der Rußländischen Föderation unter Berücksichtigung von natürlicher Entwicklung und Wanderungssaldo um nur 130 000 Menschen (0,09 %).

Die **bedeutendsten relativen Wanderungsverluste** hat Tadshikistan zu verzeichnen: Dort wanderten allein 1992 255 Personen von jeweils 10 000 Einwohnern ab, in den vier Jahren von 1987 bis 1991 waren es etwa ebensoviele. Kyrgysstan (1992: 172 Abwanderer je 10 000 Einw.) kennt seit Mitte der 80er Jahre eine fast stetig steigende Abwanderungsquote (1987 bis 1991: 346), ebenso Kasachstan (1992: 106; 1987 bis 1991: 266 je 10 000 Einw.). Dagegen weisen Rußland, die Ukraine, Weißrußland und auch Armenien einen positiven Wanderungssaldo auf (Strany-členy SNG 1983, S. 36). Während

im kaukasischen Raum durch Fluchtbewegungen eine Art „ethnische Säuberung“ zwischen Aserbaidshan und Armenien vor sich gegangen ist, betrifft die Abwanderung aus Mittelasien und Kasachstan vor allem Russen, Ukrainer und Deutsche. Die Rückkehr zu den Nationalsprachen, das Selbstbewußtsein der jungen Staaten und die unsichere sozioökonomische Lage haben derartige Prozesse nach dem Zerfall der Sowjetunion beschleunigt.

Urbanisierung und Siedlungspolitik

In der Sowjetzeit war gezielt die Urbanisierung gefördert worden. Im Zusammenhang mit Industrieansiedlungen galt auch Verstädterung als Kennzeichen der Modernität. Schließlich war der Anteil der in Städten lebenden Bevölkerung auf etwa zwei Drittel der Gesamtbevölkerung angewachsen.

Heute stehen bei der Bewertung städtischer und ländlicher Lebensräume die Versorgungsmöglichkeiten, insbesondere die Ernährungssicherung, aber auch die Wohnraumversorgung im Vordergrund. Beides ist im allgemeinen im ländlichen Raum besser als in den Städten. Daher ist selbst unter mäßig günstigen naturräumlichen Bedingungen im ländlichen Raum eher noch eine natürliche Bevölkerungszunahme und sogar Zuwanderung festzustellen, in den Städten dagegen Stagnation oder Abwanderung. Nur die größeren Verwaltungszentren bieten noch eine gewisse Attraktivität, aber selbst Moskau und St. Petersburg zeigen leicht rückläufige Einwohnerzahlen. In der gesamten Staatengruppe der GUS (noch ohne Georgien) ist der Anteil der städtischen Bevölkerung zwischen 1989 und Ende 1992 um

einen halben Prozentpunkt gesunken. Dies erscheint geringfügig, aber die Zunahme der ländlichen Bevölkerung um 2,9 Mio., die der städtischen um 1,4 Mio. Menschen verdeutlicht die veränderte Tendenz.

Ein weiteres Erbe der Bevölkerungs- und Siedlungspolitik wird im Hohen Norden in Frage gestellt. Dort war mit großem finanziellen Aufwand eine Siedlungspolitik betrieben worden, die schon in der späten Sowjetzeit problematisch wurde. Mit hohem gebietswirtschaftlichen Aufwand wurden Siedlungen erstellt, doch mußte die Arbeitsorganisation die sog. Schicht- und Expeditionsmethode einführen, weil die Übersiedlungsbereitschaft hinter den Erwartungen zurückblieb. Inzwischen läßt sich bereits eine Abwanderung aus den Verwaltungsgebieten des Hohen Nordens feststellen. Geburtenrückgang, Abwanderung und zunehmendes Durchschnittsalter sowie eine Reduktion der bisherigen sozialen und wirtschaftlichen Leistungen für diesen Erschließungsraum lassen die Pionierfront zurückweichen. Spektakulär wurde der Fall der an der Kolyma im Fernen Osten gelegenen Siedlung Jagodnoje (1.1.1993: knapp 9 000 Einw.): „Brennstoffmangel und Bauverzögerungen führten im Dezember 1993 zum Zusammenbruch des Fernheizungssystems und der Wasserversorgung. Ein Teil der Bevölkerung mußte daraufhin evakuiert werden.“ (Moskovskie novosti 1994/1, 2.–9.1.1994, S. 5).

Konflikte mit der einheimischen, nichtrussischen Bevölkerung spielen bei der Abwanderung regional sicher eine gewisse Rolle, vor allem dürften aber zunehmende Versorgungsengpässe und wirtschaftliche Probleme der bisherigen Großbetriebe die wichtigsten Ursachen sein.

Tab. 1: Bevölkerungsentwicklung 1989–1992

Staat	Bevölkerung (in Mio.)		Geburtenziffer ¹		Sterbeziffer ¹		Säuglingssterblichkeit ²	
	1989	1992	1989	1992	1985	1992	1985	1992
Estland	1,6	1,6	15,5		12,7			13,1 ⁴
Lettland	2,7	2,7	15,3	12,0	13,2	13,5	13,0	17,4
Litauen	3,7	3,8	16,4		11,0			14,3 ⁴
Weißrußland	10,2	10,2	16,5	12,4	10,6	11,3	14,5	12,3
Ukraine	51,7	51,8	15,0	11,4	12,1	13,4	15,7	14,0
Moldova	4,3	4,4	21,5	16,0	10,9	10,2	30,9	18,4
Rußländische Föderation	147,4	148,3	16,6	10,7	11,3	12,2	20,7	18,0
Georgien	5,4	...	18,5	16,7 ³	8,7	8,6 ³		19,6 ³
Armenien	3,3	3,7	25,0	21,0	6,1	7,0	24,8	18,0
Aserbaidshan	7,0	7,2	26,6	25,2	6,8	7,1	29,4	25,5
Turkmenistan	3,5	3,8	36,0	34,0	8,1	7,1	52,4	43,6
Usbekistan	19,9	20,6	37,4	33,0	7,2	7,0	45,3	38,0
Tadshikistan	5,1	5,5	40,0	32,2	7,0	6,6	46,8	45,9
Kyrgysstan	4,3	4,5	32,0	28,6	8,1	7,2	41,9	31,5
Kasachstan	16,5	16,7	25,1	19,9	8,0	8,1	30,1	26,1

¹ je 1 000 Einw.

² je 1 000 Lebendgeborene

³ 1989

⁴ 1991

Quellen: Strany-členy SNG. Stat. ežegodnik, Moskva 1993, S. 35. – Demografičeskij ežegodnik SSSR 1990. Moskva 1990, S. 99ff. – Latvija skaitlos 1992. Riga 1993, S. 30f.

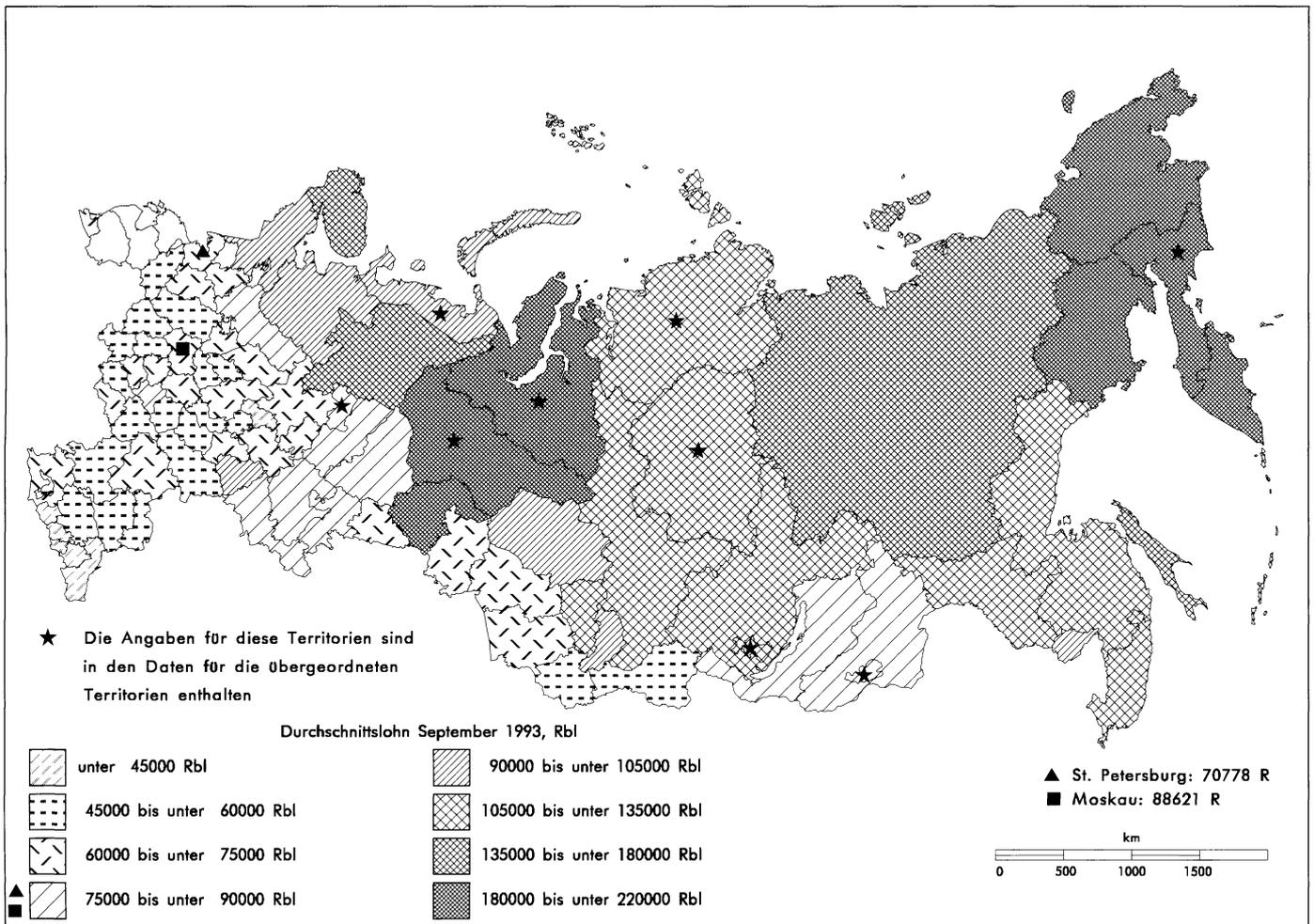


Abb. 3: Rußländische Föderation – Entlohnung September 1993

Quelle: Razvitii ekonomiceskich reform v regionach Rossijskoj Federacii. Vypusk No. 11. Moskva 1993, S. 118f.

Zunehmende soziale Disparitäten

Das soziale Hauptproblem der post-sovjeticischen Gegenwart ist die **Verarmung großer Teile der Bevölkerung**. Zwar sind die Löhne in allen Nachfolgestaaten nominell gestiegen (wenn auch mit unterschiedlichen Raten), aber die Inflation eilt jeder Lohnerhöhung voraus. Nach der Freigabe von Preisen für alltägliche Konsumgüter im Januar 1992 ist es einem großen Teil der Bevölkerung nicht mehr möglich, die Grundbedürfnisse von Ernährung, Kleidung und Wohnung aus regulärem Einkommen zu befriedigen.

Besonders kritisch ist die Situation außer in der Rußländischen Föderation in Georgien und Armenien, wo mindestens 70% der Bevölkerung unter der (statistischen) Armutgrenze leben und ihren Grundbedarf an Nahrung, Kleidung und Wohnung nicht aus regelmäßigen Einkünften decken können. Innerhalb der Nachfolgestaaten gibt es nochmals deutliche Unterschiede im Lohnniveau. In der Rußländischen Föderation verhält sich der Durchschnittslohn im Gebiet mit der niedrigsten Entlohnung (Dagestan, bedingt durch ländliche Übervölkerung und geringe wirtschaftliche Transformation) zum

Durchschnittslohn im Gebiet mit der höchsten Entlohnung (Magadan aufgrund der Zuschläge in Gebieten mit extremen Naturbedingungen) wie 1 : 8. Die Gebiete im Hohen Norden und Fernen Osten sind noch immer bevorzugt (Abb. 3), doch fehlt eine ausreichende Versorgung. Auch die mittelasiatischen Republiken, insbesondere Tadschikistan, weisen Armutsmerkmale auf.

Der **Rückgang der Kaufkraft** ist statistisch nur schwer zu fassen, weil die Inflation hohe Umsätze suggeriert. Das Verhältnis zwischen den Geldeinkünften der Bevölkerung und den Ausgaben für Konsumzwecke (Abb. 4) kann dafür als Indikator dienen. Zwischen Oktober 1992 und Oktober 1993 stiegen die Geldeinkünfte je Einwohner nominell auf das 10,6fache, die Ausgaben für Konsumzwecke auf das 9,9fache. Allerdings ist zu beachten, daß den zunehmenden Geldmengen nicht immer ein adäquates Warenangebot für den täglichen Bedarf gegenübersteht.

Regionale Disparitäten haben sich bei dieser Entwicklung noch verstärkt. Bei der Hälfte der Gebietseinheiten der Rußländischen Föderation belief sich die Zunahme der Geldeinkünfte der Bevölkerung auf dem gesamtstaatlichen Durchschnittsniveau. Übermäßige Zunahme haben die

Verwaltungsgebiete Nowgorod, Kamtschatka, Amur, die Verwaltungsregion Primorje und die Republik Nordossetien zu verzeichnen, d.h. Gebiete mit wirtschaftlichen Transformationsansätzen. Besonders geringe Zuwächse sind in einigen nichtrussischen Territorien wie Kalmükien (Chalng-Tangtsch), Karatschajewo-Tscherkessien, Chakassien oder Udmurtien, aber auch einigen Verwaltungsgebieten an der Wolga wie Samara und Wolgograd festzustellen sind, wo die politischen Verhältnisse oder die fehlende Konversion des militärisch-industriellen Komplexes die Transformation hemmen (Razvitie ekonomiceskich reform ..., 1993, S. 108ff.). Die durchschnittliche Versorgung mit Nahrungsmitteln hat sich zwar gegenüber 1992 verbessert, doch ist auch hierbei die ungleiche Verteilung auf die einzelnen Einkommensgruppen zu bedenken.

Nur scheinbar ist die **Privatisierung von Wohnraum** als Indikator für eine bessere Zukunft anzusehen. Denn obwohl sie oft in Form einer einfachen Eigentumsübertragung an die derzeitigen Mieter erfolgt, bringt sie zugleich die Notwendigkeit mit sich, für den Wohnungserhalt sorgen zu müssen. Dazu sind die neuen Eigner jedoch in der Regel nicht in der Lage. Auch hierin kann ein Motiv für die Abwande-

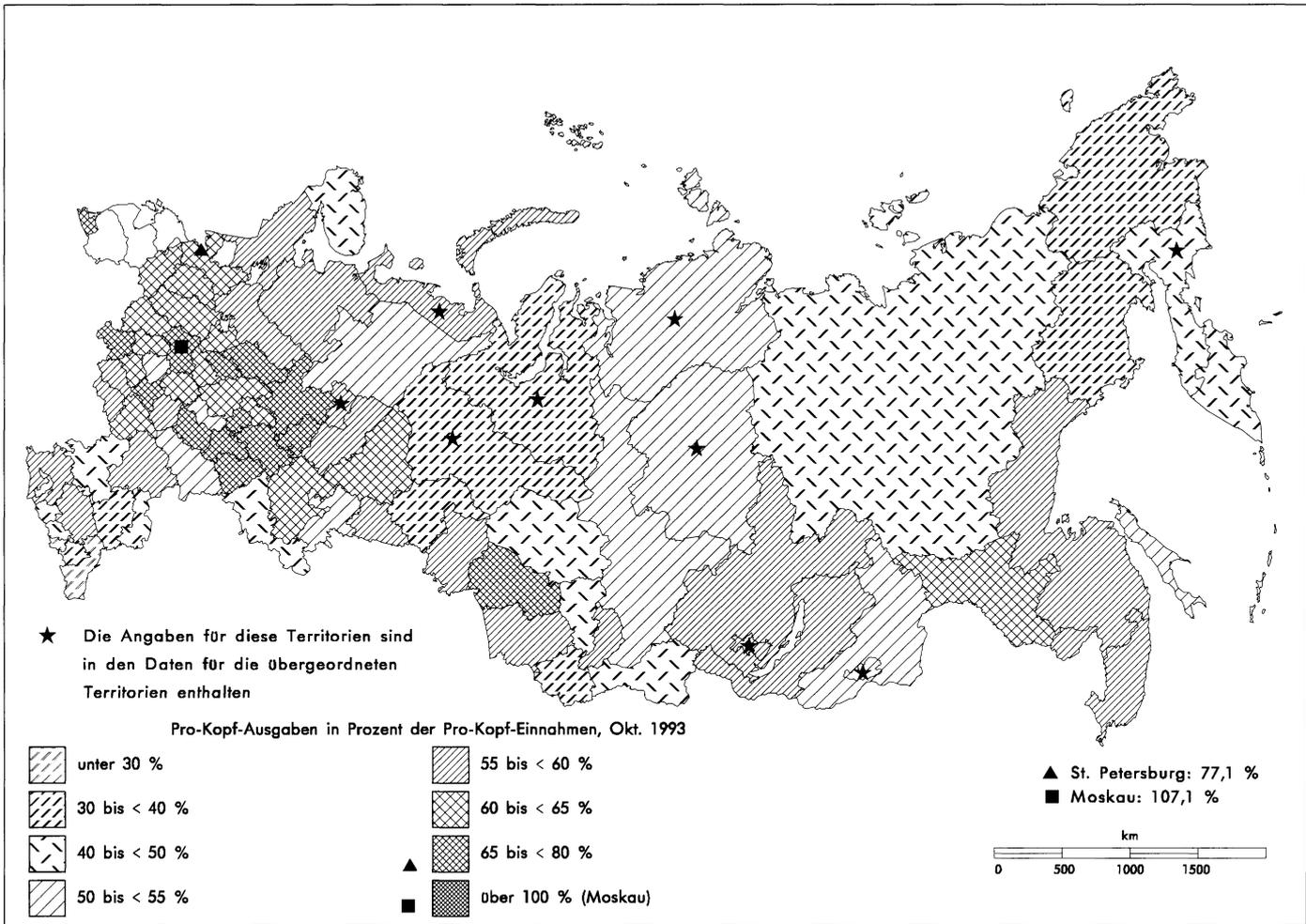


Abb. 4: Rußländische Föderation – Pro-Kopf-Einkommen und -Ausgaben, Oktober 1993

Quelle: Razvitiu ekonomiceskich reform v regionach Rossijskoj Federacii. Vypusk No. 11. Moskva 1993, S. 112f.

rung in den ländlichen Raum begründet liegen. Ein Einfamilienhaus selbst einfacher Bauweise ist hier leichter zu unterhalten als eine Stadtwohnung im sanierungsbedürftigen Großblock.

Wirtschaft und Handel im Transformationsprozeß

Die Währungen – Basis künftiger wirtschaftlicher Entwicklung?

Zu den Grundvoraussetzungen einer erfolgreichen Transformation der Wirtschaft gehört eine solide Währungsbasis. Sie ist erforderlich, weil alle Nachfolgestaaten aufgrund von Ressourcenmangel oder ererbten Handelsverflechtungen auf überstaatliche Kontakte angewiesen sind. Bekanntlich brach die Rubelzone 1993 zusammen, und auch Versuche ihrer Wiederbelebung blieben erfolglos. Außer der Rußländischen Föderation sind Weißrußland und Tadshikistan die einzigen Staaten, die am russischen Rubel festhalten; mit Weißrußland wurde im Frühjahr 1994 eine Währungsunion vereinbart (Tab. 2).

Der Erfolg der neuen Währungen ist sehr unterschiedlich: Die estnische Krone konnte sich mittlerweile etablieren. Sie wurde frei konvertierbar eingeführt, an die

Tab. 2: Währungen in den Nachfolgestaaten der UdSSR

Staat	Währung	Einführung
Estland	Kroon	20.06.1992 ¹
Lettland	Lat	05.03.1993
Litauen	Litas	21.07.1993
Weißrußland	Rubel	1994 ²
Ukraine	Karbowanhez	12.11.1992
Moldowa	Leu	02.12.1993
Rußländische Föderation	Rubel	
Georgien	Kupon	02.08.1993
Armenien	Dram	22.11.1993
Aserbaidshan	Manat	19.08.1992 ³
Turkmenistan	Manat	01.11.1993
Usbekistan	Sum-Kupon	15.11.1993 ⁴
Tadshikistan	Rubel	
Kyrgysstan	Som	10.05.1993
Kasachstan	Tenge	15.11.1993

¹ vollkonvertibel, fester Wechselkurs zur DM: 8 Kronen = 1 DM

² vorübergehend Kupon als Parallelwährung zum weiterhin verwendeten Rubel

³ zunächst Parallelwährung, die Gültigkeit des Rubel ist zum Jahresende 1993 ausgelaufen

⁴ als Übergangswährung gedacht, Rubel als Parallelwährung gültig.

Quelle: Clement 1993, S. 37, ergänzt

Deutsche Mark gekoppelt sowie durch Goldreserven und natürliche Ressourcen gesichert. Auch die Währungspolitik Lettlands (Lat) führte zu einer gewissen Konsolidierung. Dagegen stehen die ukrainischen Karbowanzy unter einem scharfen Inflationsdruck.

Erste wirtschaftliche Annäherung

Die Auflösung der UdSSR bewirkte auch eine Desintegration im Bereich der Wirtschaftsorganisation. 1993 folgte der Auflösung dann eine Phase partieller (wirtschafts-)politischer Wiederannäherung zwischen den Staaten. Inzwischen entstanden innerhalb der GUS erste Instrumente der Zusammenarbeit wie z. B. die Intra-GUS-Bank. Eine Art Wirtschaftsgemeinschaft wurde Anfang August 1993 von der Rußländischen Föderation, Kasachstan und Usbekistan ins Leben gerufen, nachdem mehrere analoge Versuche vorher gescheitert waren. Wie einige andere Ansätze zur verstärkten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Nachfolgestaaten blieb jedoch auch dieser Versuch weitgehend wirkungslos. Es ist zu erwarten, daß erst nach einer politischen Konsolidierung auch die wirtschaftliche Kooperation vorangetrieben wird.

Zusammenbruch von Außenhandelsverflechtungen, aufgezeigt am Beispiel der Energieversorgung

Deutlich spürbar wird die Abhängigkeit der nichtrussischen Nachfolgestaaten von der Rußländischen Föderation bei der Brennstoffversorgung, insbesondere bei Erdöl und Erdgas. Der Erdölhandel Rußlands mit den anderen Nachfolgestaaten ist zum Politikum geworden. Weißrußland und Litauen erhalten 100% ihres Erdöls, Lettland 100% seines Erdgases von Rußland. Mit 86% des Erdöl- und 52% des Erdgasbedarfs ist die Ukraine von der Rußländischen Föderation abhängig (Clement 1993, S. 67). Lieferunterbrechungen, verursacht durch Förderrückgang oder Zahlungsverzögerung, führen zu unmittelbaren Produktionseinbußen in den betroffenen Staaten. Der gesamte Lieferumfang von knapp 26 Mio. t im ersten Halbjahr 1993 entspricht 6,5% der Fördermenge von 1992, die aber 1993 nicht mehr erreicht wurde. An der Spitze der Importeure stand im ersten Halbjahr 1993 mit 9,1 Mio. t die Ukraine, gefolgt von Weißrußland (6,5 Mio. t) und Kasachstan (5,6 Mio. t). Armenien, das im ersten Halbjahr 1992 kein Erdöl aus Rußland beziehen konnte, wurde im ersten Halbjahr 1993 wieder mit 173 800 t bedient (Kommersant daily 6.10.1993, S. 2; Clement 1993, S. 70).

Die Versuche der Nachfolgestaaten, vom russischen Erdöl unabhängiger zu werden, waren bisher nur bedingt erfolgreich. Die Ukraine orientierte sich zum

Tab. 3: Entwicklung der Energiewirtschaft Rußlands 1992–1993

	Menge	1992	1993
<i>Gewinnung von:</i>			
Erdöl	Mio. t	401	354
Erdgas	Mrd. m ³	640	617
Kohle	Mio. t	338	305
Strom	Mrd. kWh	1 008	955
<i>Ausfuhr nach Europa:</i>			
Rohöl	Mio. t	65	78
Gas	Mrd. m ³	99	101
Kohle	Mio. t	19	18

Quelle: Kommersant daily 21.1.1994, S. 3

Iran und nach Turkmenistan (Clement 1992, Stadelbauer 1993a). Dagegen strebt Litauen eine Versorgung aus Westeuropa oder Übersee auf dem Weg über die Ostsee an und möchte in dieser Frage auch mit den beiden anderen baltischen Staaten enger zusammenarbeiten.

Regionalpolitik und unzureichender regionaler Finanzausgleich

Ein grundlegender Mangel besteht bis heute in der Tatsache, daß die Rußländische Föderation keinen befriedigenden Mecha-

nismus für einen Finanzausgleich zwischen ihren Subjekten gefunden hat. Zu den anderen flächengroßen Nachfolgestaaten sind derzeit keine Aussagen möglich. Von zahlreichen Gebieten wird das vom Zentrum für die Regulierung der Staatsausgaben geforderte Steueraufkommen zurückgehalten. Man schätzt, daß mehr als ein Drittel der Regionen Steuern vollständig oder teilweise zurückhält. Damit werden auch Subventionen für unrentable Staatsbetriebe und Kreditvergaben erschwert, die zur Absicherung von Arbeitsplätzen oder zur Wiederbelebung der Wirtschaft unbedingt erforderlich sind.

Umweltbedrohung und Umweltkatastrophen als dauerhafte Belastung

Der Zerfall der Sowjetunion ist zumindest teilweise auf die zunehmenden Umweltbelastungen und die mit ökologischen und technologischen Katastrophen verbundenen Kosten zurückzuführen. Die Folgeprobleme konnten bislang nicht gelöst, vielfach müssen sie wegen der ungünstigen Wirtschaftssituation sogar gezielt zurückgestellt werden. Einzelne Nachfolgestaaten (Weißrußland, Usbekistan, Kasachstan) haben besonders stark unter dem Umwelterbe aus der Sowjetzeit zu leiden, zumal die Rußländische Föderation eine Kostenübernahme ablehnt, obwohl sie sich in völkerrechtlichen Fragen als Rechtsnachfolger der Sowjetunion empfindet.

Aber es geht nicht nur um die Bewältigung direkter Kosten. Umweltprobleme wie die katastrophale Situation im Umkreis des Aralsees oder die Verstrahlungen, die auf die Atomkatastrophe von Tschernobyl zurückzuführen sind, haben eine unmittelbaren staatenübergreifende und damit die Sicherheit bedrohende Komponente. Auch die atomare Verseuchung im östlichen Uralgebiet, im östlichen Kasachstan mit dem früheren Atomtestgelände bei Semipalatinsk oder in der Karasee sind ebenfalls politische Bedrohungen und Belastungen. Sie betreffen unter ökopolitischen Gesichtspunkten auch die Nachbarregionen und schließen globale Bedrohungen nicht aus.

Als katastrophal werden auch die Umweltbedingungen in allen großstädtischen Verdichtungsräumen, in den altindustrialisierten Gebieten der Ostukraine und des Ural, in weiten Bereichen der Baumwollanbauggebiete Mittelasiens und in einigen Gebieten exzessiven Bergbaus (Halbinsel Kola in Nordrußland, Halbinsel Mangystau in Westkasachstan u. a.) eingestuft (vgl. Folieneilage). Bedrohlich ist auch der Verlust an Bodenfruchtbarkeit durch Erosion und zu hohen Einsatz von Agrochemikalien. Die einstige Kornkammer Ukraine hat darunter ebenso zu leiden wie die mittelasiatischen Bewässerungsgebiete. Massive Versorgungsmängel sind die Folge.

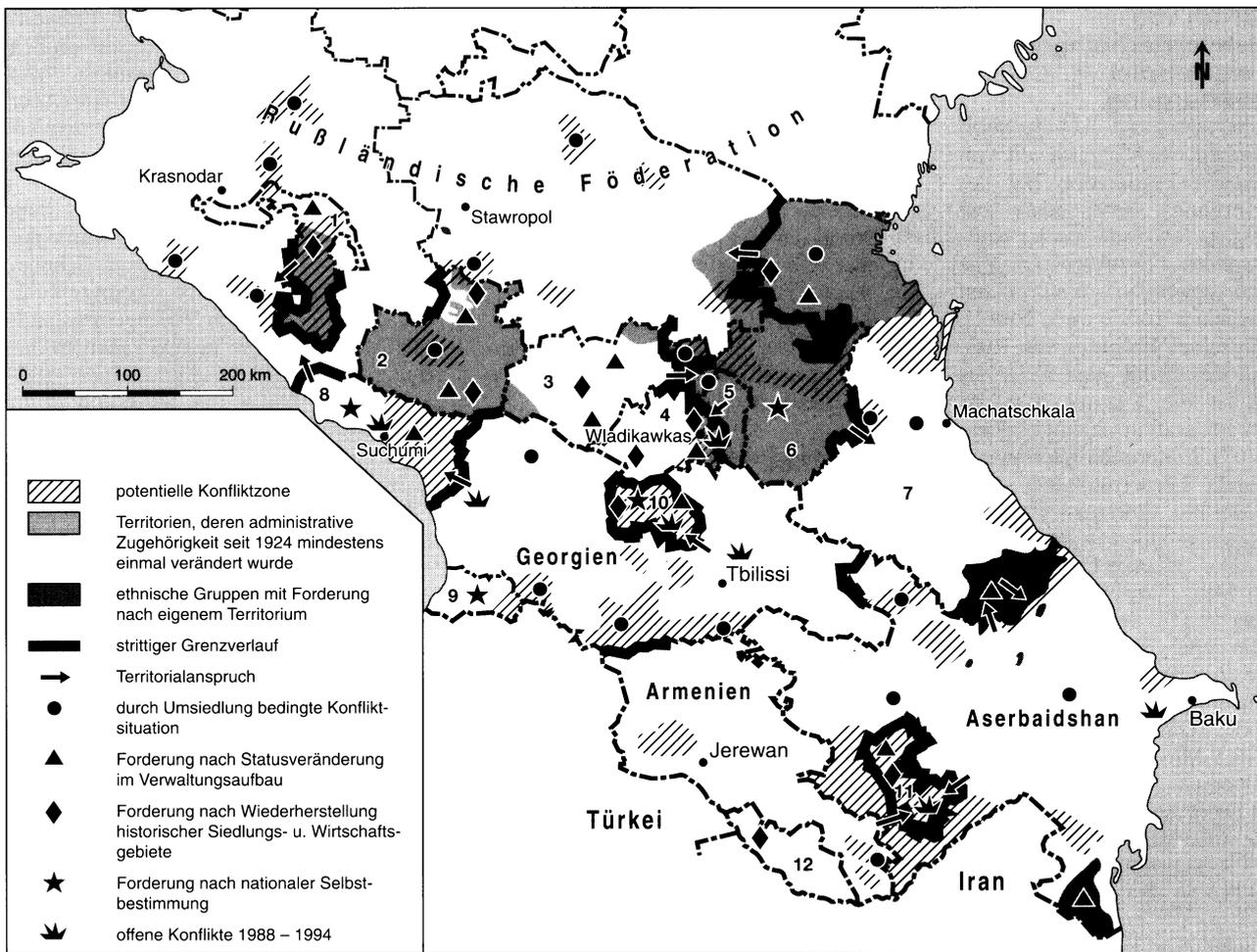
Offensichtlich wurden durch Umweltgefährdungen noch keine so großen Flüchtlingsbewegungen ausgelöst wie durch die ethnopolitischen Konflikte. Aber auch Umsiedlungen bleiben hinter dem erforderlichen Ausmaß zurück oder gehen nicht konfliktfrei vor sich.

Ein eher kleinräumiges Beispiel mag dies verdeutlichen: Anfang 1987 wurde der westlichen Kaukasus von einer Schnee- und Lawinenkatastrophe heimgesucht. Aus dem georgischen Hochgebirgslandkreis Mestia siedelte man Swanen in das steppenartige Kolonisationsgebiet südwestlich von Tbilisi um. Sie erhöhten im grenznahen Raum zum südlich anschließenden Armenien das bereits vorhandene ethnische Konfliktpotential. Es ist in der Phase des Zerfalls der Sowjetunion kaum beachtet worden, wieviele der Zwangsumsiedler in die neuen Siedlungen kamen und auch tatsächlich dort blieben und wieviele zurückkehrten. Die Verletzlichkeit der Gebirgsregionen durch Planungsmaßnahmen der Zentralverwaltungswirtschaft (Badenkov 1992) ist jedoch damals ebenso deutlich geworden wie die Brisanz räumlicher Problemverlagerung in die neuen Siedlungsgebiete. Ähnliches gilt für die Umsiedlungen nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl. Im russischen Verwaltungsgebiet Brjansk, das vom radioaktiven Fallout betroffen war, wurden Umsiedlungsaktionen durchgeführt, obwohl neu errichtete Siedlungen noch nicht ausreichend ausgestattet waren. Dadurch staute sich ein brisantes politisches Protestpotential auf.

Politische Konflikte im ehemaligen Vielvölkerreich

Territorien und Grenzen blieben bislang zwar weitgehend unverändert, wechselseitige Territorialansprüche der Nachfolgestaaten oder einzelner Teilgebiete können jedoch zu zahlreichen Konflikten führen. So schwelt z. B. zwischen Rußland und der Ukraine der Konflikt um die Zugehörigkeit der Krim. Durch die Wahl von Jury Meschkow Ende Januar 1994 zum Präsidenten der Krim wurde er noch zusätzlich geschürt. Die Rußländische Föderation hat sich selbst bis 1995 ein Moratorium gesetzt, um notwendige Grenzkorrekturen durchzuführen oder zumindest einen Ausgleich zwischen benachbarten Territorien und Ethnien zu schaffen.

Nicht in Frage gestellt wird in den meisten Nachfolgestaaten die Unterstützung eines Nationalstaates. Dadurch wird ein Konfliktpotential verdrängt, welches in Territorial- und Vertretungsansprüchen kleiner Völker zum Ausdruck kommt und auch die längerfristige Ressourcenverteilung und -planung beeinflusst. In den nichtrussischen Nachfolgestaaten mit bislang autonomen Gebietseinheiten haben sich nationalistische Ansprüche gegenüber ethnischen Minderheiten verstärkt. Sie



Quellen: O. Glezer u. a. 1991 (Moskowskije Nowosti 11, 17.3.1991, S. 8f.);
O. Glezer u. a. 1992 (Moscow News, 1992, Nr. 14, S. 8) u. a.
Entwurf: J. Stadelbauer; Kartographie: B. Gaida

Mittlere Verwaltungseinheiten in Kaukasien mit bisherigem oder aktuellem Autonomiestatus:

Rußländische Föderation:

- 1 Republik Adyge(ia)
- 2 Republik Karatschajewo-Tscherkessien
- 3 Kabardino-Balkarische Republik
- 4 Republik Nordossetien
- 5 Republik Inguschien
- 6 Republik Tschetschenien (beansprucht staatliche Unabhängigkeit)
- 7 Republik Dagestan

Georgien:

- 8 (Autonome) Republik Abchasien
- 9 (Autonome) Republik Adsharien
- 10 Autonomes Gebiet Südossetien (Autonomie v. Georgien aufgehoben)

Aserbaidshan:

- 11 Autonomes Gebiet Nagorno-Karabach
- 12 (Autonome) Republik Nachitschewan

Abb. 5: Kaukasien – politisch-territoriale Konflikte 1988–1994

schüren eher noch potentielle Territorialkonflikte als sie zu mildern.

Konfliktherde im Raum Kaukasien

Das Beispiel Kaukasien zeigt die Vielschichtigkeit der Konflikte besonders nachdrücklich (Abb. 5; Stadelbauer 1994). Erschwerend kommt hier hinzu, daß die einzelnen Konfliktherde untereinander durch historische Beziehungen und aktuelle Verstrickungen zu einem wahren Teufelskreis verknüpft sind:

- In Nordkaukasien erforderte die einseitige Lösung Tschetscheniens aus der Rußländischen Föderation erneute Umsiedlungen bei den dagestanischen Laken.
- Gleichzeitig wurden auch die inguschischen Ansprüche auf den Landkreis Prigorodny in Nordossetien wiederbelebt.
- Rußland reagierte darauf mit der Abtrennung Inguschiens und einer vorläufigen Grenzziehung.

- Nordossetien steht unter dem Druck der Zuwanderung von Flüchtlingen aus Südossetien, die vor dem gewaltsamen Eindringen von Georgiern Hilfe suchen.
- Die Autonomie Südossetiens ist von der georgischen Zentralregierung einseitig aufgehoben worden.
- In Adsharien besteht ein unklarer Schwebezustand der Autonomie.
- In Georgien selbst existiert ein historischer Gegensatz zwischen dem Westen und dem Osten des Landes, insbesondere zwischen den früheren Feudalterritorien Mingrelien und Kartli, deren Tradition im ethnischen Bewußtsein fortzuleben scheint.
- Nach Nordwesten setzt sich Georgien gegen die Sezessionsbestrebungen der Abchasen zur Wehr, die einen Anschluß an die Rußländische Föderation, dort aber eine engere Zusammenarbeit mit anderen nordkaukasischen Völkern suchen.

- Diese stellen ihrerseits eigene Territorialforderungen.
- Nach Osten ist die georgische Grenze gegenüber Aserbaidshan nicht konfliktfrei.
- Aserbaidshan führt mit Armeniern einen erbitterten Krieg um Nagorno-Karabach.
- Es erhebt latente Ansprüche auf Dagestan und sieht sich von dort mit den Ansprüchen der Lesgier konfrontiert, die eine eigene Staatlichkeit anstreben.
- Im Süden Aserbaidshans standen die Talyschi nahe der iranischen Grenze 1993 kurz vor der Ausrufung eines eigenen Staates.

Wo Gebietsforderungen artikuliert werden, wird meist der Zeitpunkt „vor den Stalinschen Repressionen“ als status quo angestrebt. Im ungünstigsten, d. h. destabilisierenden Fall werden Forderungen auf den für jedes einzelne Gebiet maximalen Gebietsstand ausgedehnt.

Ethnizität sucht sich über die bestehenden Gebietsstände hinaus in Territorialität zu manifestieren. Da das Vertrauen in demokratische Strukturen außerhalb ethnisch-nationaler Bindungen sehr gering ist, wird angesichts der Ressourcenorientierung des sowjetischen und post-sowjetischen Wirtschaftssystems im Territorium und seinen Potentialen die wichtigste Basis gesehen. Das Verteilungsmuster der über hundert bei den Volkszählungen statistisch erfaßten ethnischen Gruppen weist zahlreiche Diasporagebiete auf. Mit Industrialisierung und sozialistischen Großbauten war versucht worden, an die Stelle der ethnischen eine gesamtsovietische Identifikation zu setzen. Dies mißlang gründlich und führte seit 1988 in einigen Industrie- und Bergbaustädten zu zwischenethnischen Konflikten, weil die ethnisch-föderativen Strukturen des Verwaltungssystems nicht der tatsächlichen räumlichen Verteilung entsprachen. In einzelnen Gebieten wurde eine gezielte Überfremdungspolitik betrieben, so daß die Titularnationen nur noch einen minimalen Bevölkerungsanteil stellen. Das trifft insbesondere auf die westsibirischen Erdöl- und Erdgasfördergebiete zu. Hier verzahnen sich wirtschaftspolitische und ethnoterritoriale Probleme aufs Engste.

Ausblick in eine düstere Zukunft?

Die Entwicklung seit 1989 bzw. 1991 ist nicht plötzlich hereingebrochen, sondern durch eine latente Wirtschaftskrise, die fehlende Bewältigung des ererbten ethnisch-nationalen Konfliktpotentials, durch natürliche und technogene Umweltkatastrophen sowie durch eine beginnende Demokratisierung vorbereitet. Auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion hat sie politische, wirtschaftliche und soziale Disparitäten verstärkt und zur Krise verschärft. Offenbart hat sich dadurch zunächst die Verletzlichkeit des Sowjetsystems, damit aber auch generell die Verletzlichkeit von politischen Systemen, die hauptsächlich auf Systemerhalt abzielen. Wann das Sowjeterbe überwunden sein kann, ist nicht auszumachen. Soziale Verzerrungen, ungleichmäßige Wirtschaftsentwicklung, steigende Kriminalität und eine relative Unberechenbarkeit der Regierungen, in deren Staaten Demokratie keine Tradition hat, machen jede Prognose unmöglich. ●

Literatur

Badenkov, Yu.: Mountains of the Former Soviet Union: value, diversity, uncertainty. In: *P. B. Stone* (Ed.) *State of the World's Mountains. A Global Report*. London, New Jersey 1992, S. 257–297
Clement, H.: Die Energiewirtschaft der GUS. München 1992 (= Osteuropa-Institut München, Working Papers, Nr. 151)
Clement, H.: Die Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den GUS-Staaten. München 1993 (= Osteuropa-Institut München, Working Papers, Nr. 164)

Zur Folie

Russische Wissenschaftler haben 1991 erstmals eine Karte erstellt, die das Zusammenwirken verschiedener Umwelt-Faktoren berücksichtigt und die die daraus resultierenden Umweltschäden der Nachfolgestaaten der Sowjetunion festhält. Grundlage der Karte war eine qualitative Bewertung der ökologischen Belastung. Der folgende Index wurde für diese Bewertung genutzt:

Index der ökologischen Probleme

- A: Verschmutzung der Atmosphäre (chemische, mechanische, thermische)
- B: Abnahme und Verschmutzung von Binnengewässern und Grundwasser
- C: Meeresverschmutzung
- D: Schädigung des Wassernetzes
- E: Abholzen von Wald
- F: Schädigung von Wäldern (Holzartwechsel, Feuer, Schädlinge usw.)
- G: Verfall von natürlichen Grünflächen
- H: Rückgang der Fischbestände
- I: Rückgang der gewerblichen Tierbestände
- J: beschleunigte Bodenerosion
- K: Bodenabtragung
- L: sekundäre Versalzung des Bodens
- M: chemische Bodenverschmutzung
- N: übermäßige Schluchtenbildung
- O: Schädigung der üblichen Bodenfrostabläufe
- P: Komplexschäden durch Ausbeutung von Bodenschätzen
- Q: Verlust fruchtbarer Böden (Umnutzung von landwirtschaftlichen und Waldflächen)
- R: Abnahme und Verlust der natürlichen Regenerationskraft einer Landschaft
- S: Störungen des Gleichgewichts bei besonders geschützten Naturgebieten
- T: radioaktive Verseuchung

Wenn eine Schädigung mehrerer ökologischer Bereiche vorlag, wurde das Gebiet als „Gebiet katastrophaler Umweltbedingungen“ bezeichnet (s. *Folienbeilage*). Zwanzig solcher Gebiete sind nachfolgend benannt unter Angabe der ökologischen Problemereiche in Form von Buchstaben (s. *Index*). Die Reihenfolge der Buchstaben entspricht der Bedeutung des jeweiligen Problems in der jeweiligen Region.

Gebiete mit

„katastrophalen Umweltbedingungen“ (Benennung der Problemereiche)

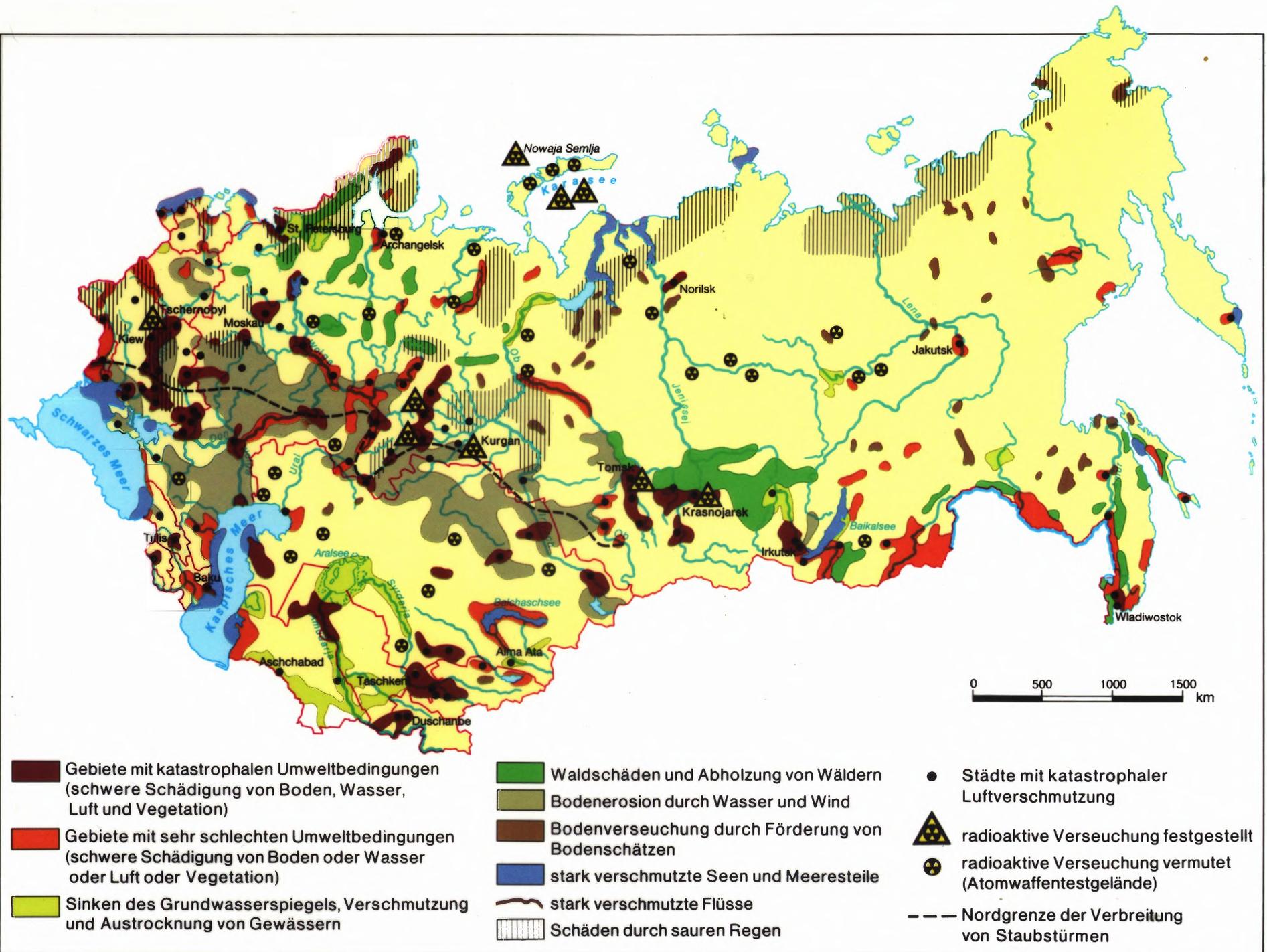
1. Aralsee und Umland (B, K, L, M, A, H)
2. Verseuchungszone des AKW Tschernobyl (T, A, B, M, Q)
3. Donezbecken (P, A, B, O, M, N, R)
4. Industriegebiet Dnjeprowsk-Kriworoschje (P, A, B, O, M)
5. Moldova (M, L, N, O, A, B, S)
6. Küsten- und Seegebiet des Schwarzen und des Asowschen Meeres (R, B, C, A, S)
7. Unterlauf der Wolga und der nördliche Kaspisee (P, B, C, H, L, M, K, A, S)
8. Kalmykien (Chalmg-Tangtsch) (G, K)
9. Mittlere Wolga und Kama (B, D, P, J, N, A, E, F, O, R, S)
10. Kola-Halbinsel (P, B, D, A, F, G, S)
11. Ural-Industriegebiet (P, A, B, M, O, F, R, S, T)
12. Kusnezker Becken (P, A, M, O, K)
13. Baikalsee (B, A, H, I, F, N, O, S)
14. Moskauer Region (A, B, O, M, F, R)
15. Fergana (A, B, P, O, L, K, M)
16. Industriegebiet Ust-Kamenogorsk (P, A, B, N, O, H, S)
17. Region Nowaja Semlja (T)
18. Erdöl- und Erdgasgebiete Westsibiriens (P, B, M, G, H, I, S, O)
19. Balchasch (P, L, K, B, G, H)
20. Industriegebiet Norilsk (P, A, B, O, S, R)

Quellen: Ökologische Karte der ehemaligen UdSSR. Wostok (1992) H. 4, S. 20–22. Rußland und seine Nachbarstaaten. Ein Großraum im Umbruch. Ergänzung zu DIERCKE Erdkunde 8. Braunschweig 1993, S. 8–9

Geography of Human Resources in the Post-Soviet Realm: A Panel. Post-Soviet Geography 34 (1993) S. 219–280
Harris, Ch. D.: The New Russian Minorities: A Statistical Overview. Post-Soviet Geography 34 (1993) S. 1–27
Harris, Ch. D.: A Geographic Analysis of Non-Russian Minorities in Russia and Its Ethnic Homelands. Post-Soviet Geography 34 (1993) S. 543–597
Klüter, H.: Von der Sowjetunion zur Gemeinschaft Unabhängiger Staaten. Geographie heute 14 (1993) H. 112, S. 4–10
 Kommersant, Moskva 1992 ff.
 Kommersant daily, Moskva 1993 f.
 Moskovskie novosti, Moskva 1994
 Narodnoe chozjajstvo Rossijskoj Federacii v 1992 godu. Statističeskij ežegodnik. Moskva 1993
 Panel on Social Dimensions of Interdependence in the States of the Former USSR. Soviet Geography 34 (1993) S. 28–51
 Razvitie ekonomičeskich reform v regionach Rossijskoj Federacii, vypusk 10. Moskva 1993

Smith, G.: The Soviet Federation: from corporatist to crisis politics. In: *Chisholm, M., D. M. Smith* (eds.): *Shared Space: Divided Space. Essays on Conflict and Territorial Organization*. Boston etc. 1990, S. 84–105
Stadelbauer, J.: Politisch-geographische Aspekte der Systemtransformation in der ehemaligen Sowjetunion. GEOGRAPHISCHE RUNDSCHAU 45 (1993) H. 3, S. 180–190
Stadelbauer, J.: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion im wirtschaftlichen Umbruch. PRAXIS GEOGRAPHIE 23 (1993a), H. 4, S. 40–45
Stadelbauer, J.: Konflikte im Süden der ehemaligen Sowjetunion: der Kaukasus. – In: *Spillmann, K. R.* (Hrsg.): *Zeitgeschichtliche Hintergründe aktueller Konflikte III*. Zürich 1994 (= Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, H. 31), S. 25–65
Stadelbauer, J.: Die Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Politische Auflösung eines Imperiums und Probleme einer Wirtschaftsintegration in der Erbengemeinschaft. GEOGRAPHISCHE RUNDSCHAU 46 (1994a), H. 4, S. 190–198

Umweltschäden in den Nachfolgestaaten der UdSSR



Zum Beitrag: J. Stadelbauer „Nach dem Zerfall der Sowjetunion: fünfzehn neue unabhängige Staaten im Transformationsprozess“
 Beilage zu Praxis Geographie 10/1994